



Wahlprogramm der Union: Positive Signale in der Wohnungspolitik CDU/CSU wollen Erwerb von Wohneigentum erleichtern

Wohnkindergeld, Freibetrag fürs Eigenheim bei der Grunderwerbsteuer und steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus: In der Wohnungspolitik setzt das Wahlprogramm der Union voll auf eine Stärkung des Eigentums und privater Investitionen. Zustimmung kommt von den Fachleuten von Haus & Grund Rheinland.

Düsseldorf. Der Eigentümer-Verband Haus & Grund Rheinland begrüßt die wohnungspolitischen Pläne im Wahlprogramm von CDU und CSU. „Das Vorhaben der Union, den Erwerb von Wohneigentum durch Familien zu fördern, weist genau in die richtige Richtung“, sagte Prof. Dr. Peter Rasche. Der Vorsitzende von Haus & Grund Rheinland erklärte: „In Zeiten niedriger Zinsen können sich junge Familien kaum noch das hohe benötigte Eigenkapital für den Kauf eines Eigenheims ansparen. Deswegen ist das geplante Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind und Jahr eine wichtige Hilfe, damit sich Familien Wohneigentum noch leisten können.“

Der Verband begrüßt in diesem Zusammenhang auch den Plan der Union, für Erwachsene und Kinder Freibeträge von der Grunderwerbsteuer einzuführen. Sie sollen die Steuerlast beim Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie mindern. Erik Uwe Amaya, Verbandsdirektor von Haus & Grund Rheinland, hält eine Entlastung in diesem Bereich für dringend geboten: „Oft scheitert der Traum vom Eigenheim an den hohen Kaufnebenkosten, die man nicht per Kredit finanzieren kann. Die Grunderwerbsteuer ist dabei die mit Abstand größte Belastung.“

Rasche verwies darauf, dass der Anteil der Menschen mit Wohneigentum in Deutschland mit rund 45 Prozent nur auf den hinteren Plätzen im europäischen Vergleich liegt. Eine Steigerung der Eigentumsquote sei dagegen in mehrfacher Hinsicht positiv: „Jeder, der ins Eigenheim zieht, entlastet den angespannten Mietwohnungsmarkt und stärkt gleichzeitig seine Altersvorsorge.“

Allerdings sei auch der Neubau von Mietwohnungen zur Entlastung des Marktes in Ballungsräumen notwendig. Wichtigste Stütze dieses Marktes sind private Einzeleigentümer, die über 80 Prozent des Wohnungsbestandes in Deutschland stellen. „Es ist daher ein positives Signal gerade auch die privaten Kleinvermieter, dass die Union den Mietwohnungsbau steuerlich fördern

will“, ergänzte Erik Uwe Amaya. Die Wiedereinführung der degressiven Absetzung auf Abnutzung findet daher ebenfalls die Unterstützung von Haus & Grund Rheinland.

Haus & Grund Rheinland vertritt die Interessen von über 100.000 Haus- und Wohnungseigentümern, Vermietern sowie Kauf- und Bauwilligen gegenüber Politik, Gesellschaft und Medien. 45 Prozent aller Haus & Grund-Mitglieder in NRW sind bei Haus & Grund Rheinland organisiert.

Pressekontakt:
Haus & Grund Rheinland
Fabian Licher, M.A.
info@HausundGrund-Rheinland.de
Telefon: 02 11 / 41 63 17 - 60
Telefax: 02 11 / 41 63 17 - 89